

# Aufruf

## der Initiative Berliner Bankenskandal



Am 9.4.2002 hat das Berliner Abgeordnetenhaus die Risiken aus dem hoch-spekulativen, größtenteils sittenwidrigen und kriminellen „Immobilienleistungsgeschäft“ der Bankgesellschaft Berlin in Höhe von bis zu 21,66 Milliarden Euro übernommen. Eine zwingende politische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit dieses „Blankoschecks“ wurde – wie der Landesrechnungshof zu Recht schreibt – weder hinreichend untersucht, noch vollständig belegt.

### **Das Land haftet damit für Risiken, für die es nicht haften müsste.**

Die Folgen für die Berlinerinnen und Berliner sind unannehmbar. Während für 2003 allein 300 Millionen Euro für die Sicherung der Fondsrenditen im Haushalt eingeplant sind, werden im gleichen Jahr die Ausgaben z.B. im Sozialbereich um 150 Millionen Euro abgesenkt. Bei den Kitas werden 69 Millionen Euro weggekürzt. Das uns abverlangte „Sparen“ bedeutet schon jetzt den Verzicht auf die Erfüllung elementarer staatlicher Aufgaben in unserer Gesellschaft. Über die Bankgesellschaft reden, heißt über Sozialkürzungen reden. Das private Verlustrisiko der Anleger soll abgewälzt werden auf uns, auf die Bürgerinnen und Bürger Berlins.

Die Risikoübernahme stellt eine politische Bankrotterklärung der rot-roten Koalition dar. Wie zuvor schon Schwarz-Rot oder Rot-Grün haben auch die verantwortlichen Politiker der rot-roten Koalition die Interessen der Berliner Bürgerinnen und Bürger missachtet und die Interessen einer Minderheit über die Haushaltsinteressen Berlins gestellt.

### **Eine solche „Politik“ ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.**

### **WIR FORDERN VOM SENAT UND DEM ABGEORDNETENHAUS:**

- 1. Alle Geschäfte, die zu Lasten des Landes gehen, müssen sofort eingestellt werden (Grundstücksgeschäfte der IBAG, weiterer Verkauf der Immobilienfonds).**
- 2. Einsetzung einer wirklich unabhängigen Expertenkommission mit dem Ziel, die Kosten des Bankenskandals für das Land Berlin zu minimieren.**
- 3. Die Haushaltsmittel, die in Folge der Risikoübernahme an die Bank fließen, müssen vom Senat und Abgeordnetenhaus kontrolliert werden. Deswegen darf die im Gesetz vorgesehene Controlling-Gesellschaft nicht von der Bankgesellschaft abhängig sein.**
- 4. Einen oder mehrere ehemalige Bundesverfassungsrichter zu beauftragen, ein Gutachten zu erstellen, um zu klären, ob die Risikoübernahme mit der Verfassung von Berlin und dem Grundgesetz vereinbar ist.**
- 5. Die Landesbank muss aus der unbeschränkten Haftung für private Risiken entlassen werden, die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse muss als Dienstleisterin der Berliner Bevölkerung und als Instrument der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen erhalten bleiben.**
- 6. Das Land Berlin als Hauptaktionär der Bankgesellschaft muss eine fordernde Rolle übernehmen. Zusammen mit den Banken, Aktionären, Fondseignern und dem Senat müssen die Immobilienfonds im Interesse des Landes und zur Entlastung des Steuerzahlers neu verhandelt werden (Rücknahme der Mietgarantien, Neuverteilung des Insolvenzrisikos etc.).**
- 7. Es muss geprüft werden, inwieweit bei Beschäftigten des Landes Dienstpflichtverletzungen vorliegen und deshalb Disziplinarverfahren eingeleitet werden müssen.**

ERSTUNTERZEICHNER: Prof. Elmar Altvater (FU Berlin), Halina Bendkowski (Agentin für Feminismus und Geschlechterdemokratie), Manfred Birkhahn (ver.di), Melchior-Christoph v. d. Brincken (Künstler), Marianne Dallmer (ver.di), Prof. Peter Grottian (FU Berlin / Komitee für Grundrechte und Demokratie), Brigitte Gundelach (Erzieherin, Schülerladen Zippel-Zappel), Detlef Hensche (Ex-Vors. IG Medien), Gerhard Kriemelke (Initiative Berliner Bankenskandal), Thomas Kunz (Initiative Berliner Bankenskandal), Hans-Jürgen Lindemann (Initiative Berliner Bankenskandal), Prof. Wolf-Dieter Narr (FU Berlin / Komitee für Grundrechte und Demokratie), Ursula Peters (AttacFrauenNetz), Ingrid Richter (Initiative Berliner Bankenskandal), Dietmar Sasse (Initiative Berliner Bankenskandal), Birger Scholz (attac), Max Schumacher (Initiative Berliner Bankenskandal), Prof. Hans-Peter Schwintowski (Humboldt Universität Berlin), Else Tonke (AttacFrauenNetz), Türkiz Thalay (Schauspielerin), Christiane Thomas (Hebamme), Prof. Bodo Zeuner (FU Berlin), André Wählig (Runder Tisch der Erwerbslosen)

V.i.S.d.P: Max Schumacher, Goldammerstr. 2, 12351 Berlin

Weitere Informationen im Internet unter <http://www.berliner-bankenskandal.de>

Wir freuen uns über jede Spende - sei sie auch noch so klein **Sonderkonto Bankenskandal:** Kontoinhaber: **Birger Scholz;** Postbank Berlin **BLZ: 100 100 10** **Kontonummer: 576217-104**